

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 43 (1996)
Heft: 1-2

Artikel: Rationalisierung durch Regionalisierung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-368701>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Zivilschutzreform '95 im Kanton St.Gallen

Rationalisierung durch Regionalisierung

APM. Die Zivilschutzreform '95 im Kanton St.Gallen berücksichtigt die Vorgaben des Zivilschutzleitbildes '95, den Handlungsspielraum des Kantons und der politischen Gemeinde sowie die Gemeindeautonomie. Auf den 1. Januar 1995 lösten rund zwei Drittel der 90 sanktgallischen Gemeinden ihre Zivilschutzaufgaben in regionalen Zivilschutzorganisationen. Die Vernehmlassung für ein neues Einführungsgesetz läuft. Es wird demnächst veröffentlicht und soll 1996 dem Grossen Rat unterbreitet werden.

Das Konzept der Reorganisation des Zivilschutzes im Kanton St.Gallen berücksichtigt folgende Vorgaben:

- die politische Gemeinde ist Hauptträgerin des Zivilschutzes;
- Rationalisierung durch Regionalisierung;
- Vereinfachung der Führung der politischen Gemeinden in ausserordentlichen Lagen durch enge Zusammenarbeit mit den Gemeindeführungsstäben;

- realistische Sollvorgaben, die mit qualifiziertem Personal erfüllt werden können;
- Handlungsspielraum der Bundesgesetzgebung im Staat und in den politischen Gemeinden nutzen;
- Strukturen und Planungen sollen die unterschiedlichen Gefahren und Risiken der Regionen angemessen berücksichtigen;
- Minimierung der Sollbestände der Zivilschutzorganisationen, um Befreiungen von der Schutzdienstpflicht zugunsten der Feuerwehren, des Gesundheitswesens und weiterer Partner zu ermöglichen.

Die Strukturvorschläge zeigten mögliche Lösungen der regionalen Zusammenarbeit auf. Sie berücksichtigten die bestehenden Koordinationsregionen, die bereits bestehenden Zusammenschlüsse von Zivilschutzorganisationen sowie weitgehend das sanitätsdienstliche Dispositiv.

Die Strukturvorschläge liessen offen, ob einzelne politische Gemeinden ihre Zivilschutzaufgaben weiterhin selbständig erfüllen wollen. Es widerspräche der Ge-

meindeautonomie, wenn die politischen Gemeinden im Rahmen der ihnen eingeräumten Entscheidungsfreiheit in der Wahl der Organisationsform im Zivilschutz eingeschränkt würden. Der Freiheit der politischen Gemeinden, ihre Zivilschutzaufgaben selbständig zu lösen, sind jedoch dort Grenzen gesetzt, wo durch die Nichtausnutzung der regionalen Zusammenarbeitsmöglichkeiten Mehrkosten entstehen, die nicht durch die politische Gemeinde selbst getragen werden. Die Grundsätze der wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung verpflichten die politischen Gemeinden, regionale Zusammenarbeitsmöglichkeiten dann auszuschöpfen, wenn dadurch geringere Investitions- und Betriebskosten entstehen.

Grundsätzlich erhält jede politische Gemeinde eine - zum Teil minimale - Zivilschutzführung, allenfalls integriert in den Gemeindeführungsstab. Vereinfacht wird beim Umfang der Leitungen und der Stabsdienste. Jede politische Gemeinde erfüllt die Aufgaben im Bevölkerungsschutz- und im Kulturgüterschutzdienst selbständig. Der Betreuungsdienst wird regional aufgebaut. Bei den Einsatzdiensten ist der

Résumé

Depuis le 1^{er} janvier 1995, deux tiers des 90 communes saint-galloises s'acquittent de leurs tâches de protection civile dans le cadre d'organisations régionales de protection civile. La consultation relative à la nouvelle loi sur l'introduction de la protection civile est en cours. Cette loi sera publiée prochainement avant d'être, en 1996, soumise au Grand Conseil.

Dans la conception de réorganisation de la protection civile, il est tenu compte des éléments suivants:

- La commune politique est la principale responsable de la protection civile;
- On rationalise par la voie de la régionalisation;
- On simplifie la technique de conduite qu'exercent les communes politiques lors de situations extraordinaires, ceci en collaborant étroitement avec les organes communaux de conduite;

- On fixe des buts réalistes, en ayant soin qu'ils restent à la portée du personnel qualifié;

- On met à profit les marges de liberté que la législation fédérale offre à l'Etat et aux communes;

- Dans une mesure raisonnable, on tient compte de la diversité des risques, selon les régions;

- Les effectifs réglementaires sont réduits au profit des sapeurs-pompiers, de la santé publique et d'autres partenaires.

On a fixé une limite à la liberté des communes politiques, là où le renoncement à la collaboration régionale entraînerait des frais supplémentaires que la commune en question ne supporterait pas elle-même. En principe, chaque commune politique a droit à un élément de conduite de la protection civile, parfois minime, élément intégré, parfois aussi, dans l'organe communal de conduite.

Si, par le passé, les 90 communes politiques comptaient 68 organisations de

protection civile, on constate, depuis le 1^{er} janvier 1995, un accroissement de la collaboration régionale. En effet, 59 communes politiques ont décidé réunir leurs efforts pour s'acquitter de leurs tâches de protection civile, ceci dans le cadre de 18 organisations régionales de protection civile. Les 31 autres communes politiques, qui ont gardé des organisations de protection civile autonomes, veulent collaborer de manière accrue dans certains domaines.

Lors des cours de répétition de 1994 et 1995, on a préparé les chefs et les spécialistes en vue des cours de répétition de 1996. Pour la première fois depuis 1993, ceux-ci seront réalisés avec le concours de l'échelon du personnel. Le service de sauvetage lourd a été organisé de manière à ce que les premiers éléments d'intervention puissent être engagés dès 1996, alors que toutes les autres formations prévues devraient être opérationnelles jusqu'en l'an 2000. ▣

Sanitätsdienst bereits regional organisiert. Zusätzlich regional organisiert wird dagegen ein schwerer Rettungsdienst. Der leichte Rettungsdienst steht zusätzlich in allen politischen Gemeinden zur Verfügung und kann den Bevölkerungsschutzdienst unterstützen. Die logistischen Dienste werden den Grundstrukturen angepasst.

Strukturen, Organisation und Sollbestände

Ende 1994 waren die Verhandlungen mit den politischen Gemeinden über die Strukturen abgeschlossen und auf den 1. Januar 1995 einvernehmlich festgelegt.

Wurden bisher in den 90 politischen Gemeinden 68 Zivilschutzorganisationen gebildet, wird seit dem 1. Januar 1995 auch im Zivilschutz verstärkt regional zusammengearbeitet. 59 politische Gemeinden haben sich entschlossen, zukünftig in 18 regionalen Zivilschutzorganisationen die Zivilschutzaufgaben gemeinsam zu erfüllen. Nur noch 31 politische Gemeinden werden selbständige Zivilschutzorganisationen bilden. Die meisten dieser politischen Gemeinden sind jedoch bereit, im Rahmen des Rettungs- und Sanitätsdienstes sowie in der Vorbereitung und Durchführung der Wiederholungskurse verstärkt zusammenzuarbeiten.

Die gestrafften Strukturen senken den Bedarf an Vorgesetzten. Damit können diese Positionen in den Zivilschutzorganisationen besser mit geeigneten Anwärtern be-

setzt werden. Der bisherige Sollbestand des Zivilschutzes im Kanton St.Gallen konnte von rund 34 000 auf 19 660 Schutzdienstpflichtige gesenkt werden. Waren bisher rund 7,8 % der Bevölkerung im Zivilschutz eingeteilt, werden es nach der Zivilschutz-Reform '95 noch etwa 4,5 % sein (Richtwert Zivilschutz-Leitbild '95: rund 5,5%).

In drei Bereichen mussten die Bundesvorgaben den kantonalen Gegebenheiten angepasst werden:

- Das Konzept des neuen Rettungsdienstes berücksichtigt die kantonalen Feuerwehrstrukturen.
- Der Betreuungsdienst ist auf die speziellen Bedürfnisse eines Grenzkantons ausgerichtet.
- Der Sanitätsdienst muss die Vorgaben des kantonalen Gesundheitswesens und vor allem auch die unterschiedlichen Voraussetzungen im Katastrophen- und Notfall sowie im Kriegsfall beachten.

Stand der Umsetzung

Nachdem bis Ende des Jahres 1994 mit allen politischen Gemeinden die neue Gliederung der Zivilschutzorganisationen bzw. der regionalen Zivilschutzorganisation mit den entsprechenden Sollbeständen festgelegt wurde, konnten die entsprechenden Reorganisationsarbeiten eingeleitet wer-

den. Zusammen mit den gemeindeeigenen Einsatzkräften wurden die planerischen Vorbereitungen für die Katastrophen- und Nothilfe geschaffen.

In den Wiederholungskursen der Jahre 1994 und 1995 wurden die Vorgesetzten und Spezialisten der Zivilschutzorganisationen auf die Wiederholungskurse des Jahres 1996 vorbereitet, die nach einer Übergangszeit erstmals seit dem Jahr 1993 wieder zusammen mit der Mannschaft durchgeführt werden. Durch gezielte Einteilung und Schulung geeigneter Schutzdienstpflichtiger wird der schwere Rettungsdienst so aufgebaut, dass ab dem Jahr 1996 erste Einsatzelemente und bis zum Jahr 2000 alle vorgesehenen Formationen einsatzbereit sein werden.

Im Frühjahr 1995 wurden die Gemeindebehörden, die Vertreter der Gemeindeführungsstäbe und der Feuerwehren sowie weitere interessierte Kreise über die Reformen und insbesondere über die neue Zusammenarbeit im Einsatz an Informationsveranstaltungen orientiert. Nach Testkursen im Jahr 1995 sollen jedes Jahr kombinierte Führungskurse für Vertreter der Gemeindeführungsstäbe, der Feuerwehr, der Zivilschutzorganisation, des Gesundheitswesens und der Polizei durchgeführt werden. In diesen Kursen werden die Teilnehmer mit der neuen Doktrin des Einsatzes im Verbund – das heisst des gemeinsamen koordinierten Einsatzes – vertraut gemacht und anhand konkreter Schadenfälle in der gemeinsamen Führung des Einsatzes geschult. ▀

Riassunto

Dal 1° gennaio 1995 circa due terzi dei 90 comuni del cantone di San Gallo svolgono i loro compiti di protezione civile nell'ambito delle organizzazioni di PCi regionali. Attualmente è in corso la procedura di consultazione per una nuova legge d'introduzione, legge che sarà pubblicata prossimamente e sottoposta al Gran Consiglio nel 1996.

La riorganizzazione della protezione civile tiene conto dei seguenti aspetti:

- il comune politico è il maggiore responsabile della protezione civile;
- razionalizzazione da ottenere con la regionalizzazione;
- semplificazione della condotta dei comuni politici in situazioni straordinarie per mezzo della stretta collabora-

zione con gli stati maggiori di condotta comunali;

- obiettivi realistici che si possono realizzare con personale qualificato;
- sfruttare il margine di manovra della legislazione federale nello Stato e nei comuni politici;
- tenere conto adeguatamente dei diversi pericoli e rischi delle regioni;
- minimizzare gli effettivi ideali a favore dei pompieri, del sistema sanitario e degli altri partner.

La libertà dei comuni politici conosce dei limiti là dove la mancata utilizzazione delle possibilità di collaborazione regionali comporta costi supplementari che non possono essere sostenuti dai comuni politici. In linea di massima ogni comune politico riceve una – in parte minima – direzione di protezione civile, eventualmente integrata nello stato maggiore di condotta comunale.

Nei 90 comuni politici sono state finora costituite 60 organizzazioni di protezione civile e dal 1° gennaio 1995 anche nella protezione civile si punta maggiormente sulla collaborazione regionale. 59 comuni politici hanno deciso di costituire 18 organizzazioni regionali di protezione civile per svolgere insieme i compiti di protezione civile. I restanti 31 comuni politici con organizzazioni di protezione civile autonome realizzeranno una maggiore collaborazione in determinati settori.

Nei corsi di ripetizione degli anni 1994 e 1995 i superiori e gli specialisti sono stati preparati per i corsi di ripetizione del 1996, che per la prima volta dal 1993 saranno organizzati di nuovo insieme al personale. Il servizio di salvataggio pesante è stato strutturato in modo che dal 1996 i primi elementi d'intervento e fino all'anno 2000 tutte le formazioni previste siano pronti all'intervento. ▀